

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Ultensteig-Stadt. Allgemeine Ausgabe für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Im Monat Januar 550 M., mit Postgebühren 559 M., bezugsweise 560 M. | Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile über deren Raum 40 M., die Reklamezeile 100 M., Mindestertrag bei Nichterschienen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. | eines Auftrags 120 M. Bei Wiederholung Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt einfügig.

No. 23.

Ultensteig, Montag den 29. Januar.

Jahrgang 1918

Die Verschärfung der Lage.

Die Abschneidung des Ruhrgebiets. — Kein Zahlungsausschub. — Verschärfung der Lage im Innern.

Der „Kriegsbericht“ von der Ruhr zeigt neue Verschärfungen und die außen- und innenpolitische Lage steht im höchsten Grade gespannt. Jeder Tag bringt neue Belastungsproben, und nur dem angespanntesten einigen Willen des deutschen Volkes ist es möglich, diese Schicksalsstunden im höchsten Sinne des Wortes zu überstehen.

Drinnen an der Ruhr und am Rhein geht Frankreich, unerbittlich gegen alle deutsche Proteste und gegen den moralischen Widerstand auf sein Ziel los: das Ruhrgebiet von Deutschland abzuschneiden. Die französischen und belgischen Truppen wurden größtenteils aus den vollreichlichen Orten herausgenommen, so wird z. B. die Mäunung Elbers gemeldet, und an die Grenzen des Ruhrgebietes verlegt. Ungeheure Truppenmassen mit Tanks und aller kriegsmäßigen Ausrüstung sind in Bewegung auf die Grenzen des großen Wirtschaftsgebietes. Die wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte sind in den Händen der Franzosen. Sie sollen die Aufgabe haben, die Kohlenzüge zurückzuhalten und vom unbefestigten Deutschland weg nach Frankreich zu leiten. Gleichzeitig aber auch die Lebensmittellieferung aus Deutschland nach dem Ruhrgebiet abzuhalten. Mehrere tausend französische Eisenbahner sind zu diesen Zwecken berufen, um Kohlenzüge zu fahren und Stellwerke zu bedienen. Der Kampf ist jetzt auf das Gebiet des Hungers getrieben. Frankreich befolgt damit die gegen Deutschland schon im Krieg angewandte Hungerstrategie und Blockade. Deshalb haben die Kaufleute, Geschäftswirte und Handwerker in verschiedenen Städten an der Ruhr im Einvernehmen mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern den Beschluß gefaßt, an Belgier und Franzosen keine Waren, Speisen und Getränke zu verabreichen, um die Lebensnotwendigkeiten für die Bevölkerung zu erhalten. Zu diesem bevorstehenden Hungerkrieg kommt eine neue Methode der Franzosen hinsichtlich der Ausweisungen. Sie sehen nun, durch den Widerstand der Arbeiterschaft Flug gemacht, davon ab, die Unternehmer und Beamtenleiter in Haft zu setzen, da die Bergarbeiter nach der Freilassung der Belegschaften reißlos die Arbeit wieder aufgenommen haben. Dagegen richten sich die französischen Maßnahmen nun gegen die Beamten mit grenzenloser Rücksichtslosigkeit. Sie suchen sogar die Frauen der Beamten durch Drohungen zu beeinflussen. Von der Frau eines Regierungsrats forderten sie eine Liste aller Beamten, die im Amte ihres Mannes beschäftigt seien, was die Frau unter dem Hinweis auf ihre Pflicht gegenüber dem Vaterland ablehnte. Dann machten sie Schwierigkeiten beim Abtransport der Möbel der Ausgewiesenen, verurteilten Beamte wegen „respektlosem Verhalten“ zu Gefängnisstrafen usw. In der Wiesbadener Regierung sind alle Beamten bis auf ein Mitglied ausgewiesen. Die Bevölkerung ist einmütig in der Meinung, keinen Sklavendienst zu leisten und keine Sklavenbehandlung zu erdulden. Die Verhältnisse der hohen Beamten und der Bürgermeister teilt die Willein vaterländischer Notgemeinschaft. So ist z. B. Bodum seit Tagen von jeder Post- und Telegraphenverbindung abgeschnitten und zahlreiche Beamtenkörper sind wegen Verhaftung ihrer Vorgesetzten in den Ausstand getreten. Trotz alledem geht die Hungertatigkeit und Gewalttätigkeit der Franzosen weiter — gewissenlos, herzlos, wie sich die grande nation in der Geschichte immer gezeigt hat.

Der treue Teilhaber an Poincares Ruhraktion ist die Reparationskommission. Die Vertreter Frankreichs und Belgiens haben, unterstützt von dem Italiener, der dadurch mit für die Gewalttat an der Ruhr verantwortlich wird, gegen die Stimme des englischen Vertreters, der sich der Stimme enthielt, beschloffen, daß wegen Einstellung der deutschen Sachlieferungen nach dem Einfall ins Ruhrgebiet Deutschland sich einer „allgemeinen Verschlebung“ schuldig gemacht habe und daß Deutschland kein Zahlungsausschub in den Verleumdungen zuzubilligen sei. Dies bedeutet, daß nach Ablauf der Standungsfrist am 31. Januar der Zahlungsplan des Londoner Ultimatus in Kraft tritt, der für Deutschland einfach unerfüllbar ist, wie dies die englischen und internationalen Finanzfachverständigen nachweisen. Deutschland hat — das muß besonders betont werden — keine

Verpflichtung zu Reparationsleistungen bis jetzt nicht verneint, weigert sich nur, solange Frankreich und Belgien mit Waffengewalt die Reparationen aus Deutschland zu holen versuchen. Sobald dieser Zwang aufhört, erfolgt wieder die freiwillige Leistung. Bekanntlich muß diese nach Art. 234 des Versailler Vertrags im Verhältnis zu seiner Leistungsfähigkeit stehen. Aber das steht auf einem feinen Papier, den die Franzosen und die Reparationskommission für nichts achten, obwohl die Untere am 31. August 1922 anerkannt hat, daß die Lasten Deutschlands ermäßigt werden müssen. Es bleibt dabei, das Londoner Zahlungsdefizit mit den 132 Milliarden Goldmark wird Deutschland nie erfüllen können.

Es paßt gut zu diesem brutalen Gewaltbeschlusse, daß Poincare auf neue deutsche Proteste wegen der Beamtenausweisungen im Voraus geantwortet hat, daß er die deutschen Einwände unbeachtet lasse und keine Antwort mehr gebe. Eine ungewöhnliche Form des Verlebens zwischen Vertretern von Völkern, die sich eben nur der „gewaltigen Poincare“ erlauben kann.

Und nun die stillen Teilhaber am Ruhrabenteuer Frankreichs. Der englische Ministerrat beschloß trotz des Dranges der öffentlichen Meinung, aus der abwartenden Haltung nicht hervorzutreten, obwohl man anerkennt, daß Poincare die angeführten Grenzen überschreitet. Amerika wird sich diesem Standpunkt der Nichteinmischung anschließen. Ja, noch mehr: Staatssekretär Hughes hat den amerikanischen Beobachter in Paris, Borden, angewiesen, keine Meinung über die Reparationen nicht auszusprechen. Italien hat bereits zu Gunsten Frankreichs in der Reparationskommission gesprochen.

Zu all der äußeren Bedrängnis kommt noch die Verschärfung der innenpolitischen Lage. Die Münchener Nationalsozialisten haben anlässlich ihres Parteitages vom 27. bis 29. Januar der bayerischen Regierung mit Gewalt gedroht und daraufhin hat die Regierung den Ausnahmezustand im rechtsrheinischen Bayern verhängt. Es wird eine Kraftprobe abgeben für die bayerische Regierung, die sich nicht immer einwandfrei gegen die Nationalsozialisten gestellt hat, nun aber entschlossen ist, die Rechte des Staates und die Einheit des Reiches zu wahren. Der nationalsozialistische Führer hat den Anstoß zu dieser dramatischen Wendung der Dinge gegeben mit der Parole: Nicht wider die Franzosen, sondern wider die Novemberverbrecher. So kam es, daß sich rechtsgerichtete Vereine und Verbände von den Nationalsozialisten losrieten. Es ist zu wünschen, daß auch dieser bayerische Sturm vorübergeht, ohne der deutschen Einheit zu schaden. In dieser inneren Belastungsprobe kommt, daß auch die deutsche Sozialdemokratie sich neu orientiert, wie aus ihren Reden im Reichstag hervorgeht, in denen, nach dem „Vorwärts“, als die Hauptfrage gilt, eine anpassungsfähige Taktik zu üben und das höchste Gut zu erhalten, die Einheit und die Geschlossenheit der Partei. In unserer vaterländischen Not gilt wohl in den weitesten Kreisen das Vaterland und dessen Einheit mehr als die Partei.

Die Schicksalsfrage für Deutschland ist gekommen. Des Dramas erster Teil hat sich an der Ruhr abgewickelt. Wird nun die militärische Operation im Ruhrgebiet entbrennen: Hungerkrieg und Volkstanz? Wird das deutsche Volk die Einheitsfront halten und gegen Gewalttat und Unrecht und für Freiheit und Recht geschlossen bleiben? Das sind die Schicksalsfragen künftiger Tage und Wochen, die die Antwort unter Not und Leiden bringen müssen.

Abschneidung des Ruhrgebiets.

Berlin, 28. Jan. In der französischen Ausgabe der „Daily Mail“ wird die Abschließung des Ruhrgebiets vom übrigen Deutschland als unmittelbar bevorstehend bezeichnet, und zwar unter Anwendung folgender Maßnahmen: 1. Errichtung einer Zoll-Linie durch Truppen und Zollbeamte an den Grenzen des Ruhrgebiets. 2. Ausweisung aller deutschen Beamten. 3. Ausgabe einer neuen Währung auf Frankensbasis.

England bleibt Zuschauer.

London, 28. Jan. Im Hause des Ministerrats zeigte sich, daß die englische Regierung trotz des zunehmenden Drucks, der von der Öffentlichkeit auf sie ausgeübt wird, es auch jetzt noch nicht für ratsam hält, aus ihrer abwartenden Haltung hervorzutreten. Die Erklärungen der letzten Tage haben keinen

Grund, um eine Abkehr von der bisher befolgten Politik zur Anwendung zu bringen. Das Kabinett sei der Ansicht, daß sich die Politik der Nicht-Einmischung unter den gegenwärtigen Verhältnissen und unter sorgfältigster Abwägung aller Umstände als das Klügste erweisen werde. Man wird also vorüberhand mit der Untätigkeit Englands zu rechnen haben, ebenso wie man mit einer Zurückziehung der englischen Truppen vom Rhein vorläufig nicht rechnen kann. Frankreich wird also ungehindert seine Herrschaft im Ruhrgebiet ausüben können.

Blockade des Hafens von Antwerpen.

Duisburg, 28. Jan. Eine Versammlung führender niederrheinischer Schiffsahrts-, Expeditions-, Handels- und Industriefirmen war von der einmütigen Ueberzeugung beherzigt, daß angesichts der neuen Entwicklung der Dinge der Hafen von Antwerpen völlig gemieden werden müsse und mit deutschen Waren keine Tonne mehr über diesen Hafen ein- und ausgeliefert werden dürfe. Für deutsche Verfrachter und Frachtempfänger können künftig nur deutsche und holländische — Rotterdam — Nordseehäfen in Betracht kommen. Alle geeigneten Schritte sollen eingeleitet werden, um diese Stellungnahme zum Gemeinwohl des ganzen deutschen Wirtschaftslebens zu machen.

Die Zolllinie ist errichtet.

Essen, 28. Jan. Nach mehreren hier vorliegenden Meldungen ist die Abschneidung des Ruhrgebiets vom übrigen Deutschland vollzogen worden. Damit ist die sogenannte Zolllinie geschaffen. Sie geht im Süden über Weislo-Lünen nach Dortmund-Herde, im Norden von Düsseldorf über Grünbaum nach Duisburg.

Die Erregung der Bevölkerung über die Abschneidung des Ruhrgebiets vom unbefestigten Deutschland ist aufs höchste gestiegen. Aus Bergarbeiterkreisen erzählt man, daß man entschlossen sei, in den allgemeinen Streik zu treten, falls die Franzosen ihre Absicht, jegliche Kohlenzufuhr nach dem unbefestigten Deutschland zu unterbinden, durchführen sollten.

In Duisburg kam es im Zusammenhang mit der Verhaftung des städtischen Waldjägers Berg zu einer Kundgebung vor dem Landgerichtsgebäude. Dann zog die Menge über die Düsseldorf-Strassen, wo sie bei dem Hause des belgischen Kommandeurs angehalten wurde. Belgische Offiziere und Beamte griffen etwa zwanzig Personen willkürlich heraus und brachten sie auf die Kommandantur, wo sie festgehalten werden. Belgische Kavallerie zerstreute die Menge.

Der Düsseldorf-Polizeipräsident, Regierungsrat Dergle, ist von der Befehlshaberbehörde verhaftet worden. Weiter wurden von der Befehlshaberbehörde neuerdings verhaftet: die Oberzollinspektoren Kerle, Ufer und Glosner alle drei in Kaldenkirchen, ferner der Polizeigouverneur Derids in Reuf.

Französische Agenten.

München, 28. Jan. Die „Münchn. N. N.“ erfahren aus zuverlässiger privater Quelle, daß Frankreich Agenten nach München geschickt hat, die die Münchner Bevölkerung zu Gewalttaten gegen französische Staatsangehörige provozieren sollen. Solche Gewalttaten sollen Frankreich den Schein des Rechtes geben, Bayern den Krieg zu erklären. Als Grund des französischen Vorgehens geben uns unsere sehr zuverlässigen ausländischen Gewährsmänner an, daß Frankreich — überrascht durch das heldenmütige Verhalten der deutschen Arbeiter, Beamten und Unternehmer am Rhein und Ruhr — jetzt keine Gewalttaten verüben und vor allem Nord- und Süddeutschland trennen möchte.

Nieder mit dem Militarismus!

M.D.G. Als die Entlohnungs-Bedingung, die der Feindbund Deutschland stellte, bekannt wurden, da regten sich in manchem vertrauensseligen Gemüte Hoffnungen auf eine ganz erhebliche Verminderung, wenn nicht gar Beseitigung des gesamten europäischen Militarismus. Ist es heute damit, darüber unterrichtet folgende Zeitschrift, die wir aus Mainz erhalten:

Mainz hatte im Frieden — bis zum Kriegsausbruch — eine noch den damaligen Verhältnissen „starke“ Garnison. Sie belief sich auf rund 8000 Mann. Anders heute! Die Franzosen haben allein in Mainz heute eine Besatzung von mindestens 15000 Mann stehen. Das Unfriede zunächst einmal den Besatz des heutigen französ.

manen Militarismus, dann hat es aber auch in der Stadt zu ungläubigen Zuständen geführt. Mainz ist hauptsächlich zum Plagen überfällt. Die Franzosen haben ihre Familien — im weitesten Sinne — mit herübergebracht, die Deutschen sind aus ihren Wohnungen verdrängt, die Wohnungsnot und Obdachlosigkeit haben einen ungeheuerlichen Umfang angenommen. Eine in diesem Herbst angenommene Erhebung ergab, daß 9600 deutsche Familien Wohnung suchen und daß von ihnen 2753 Familien mit rund 10000 Personen so gut wie obdachlos sind. In den Arbeitervierteln haufen durchschnittlich 6 bis 8 Personen in 1 bis 2 Räumen. Von den Franzosen sind über 350 Wohnhäuser requiriert; in ungefähr 1200 deutschen Haushaltungen sind Franzosen, teils allein, teils aber auch mit ihren Familien, einquartiert. Für die kleinen Franzosen sind drei deutsche Schulen beschlagnahmt und für dreißig deutsche Schulklassen fehlt die Unterkunft! Viele Klassen mußten zusammengelagert werden.

Auf den grünen Höhen, die sich in herrlichen Rahmen um unser Mainz schwingen, sind ganz neue Wohnviertel entstanden. Natürlich: mit deutschem Gelde für die Franzosen erbaut. Es sind annähernd 300 neue Villen, während 180 bestehende Landhäuser für die Franzosen neu eingerichtet werden mußten! Hier residieren — der Ausdruck ist bei Gott nicht übertrieben! — die Spitzen der französischen Mainzer Armee. Die Einrichtung der Häuser mußte bis zum geringfügigsten Gegenstand geleitet werden. Verpflegung, Reinigung, Heizung — alles geht auf deutsche Kosten, muß von Deutschen besorgt werden. In der Stadt sind 42 Prozent aller Hotelbetten von Franzosen belegt. Die große Stadthalle ist französisches Kasino. Wenn französische Schauspieler-Ensembles erscheinen, muß ihnen sofort das Stadttheater zur Verfügung gestellt werden.

Von morgens 7 Uhr ab ist die Stadt von Hörnerfingern erfüllt. Auf verschiedenen Plätzen sammeln sich die — meist farbigen — Truppen. Stundenlang dauert der Ausmarsch nach den draußen liegenden Exerzierplätzen. In das Getriebe tönen starke Explosionen. Es rühren von den Sprengungen der alten — häufig längst überwachsenen Wälle und der gar nicht mehr zeitgemäßen Forts her, die auf Geheiß der Entente niedergelegt werden müssen.

Ja, wir Mainzer wissen heute, was Militarismus ist!

Deutscher Reichstag.

Berlin, 27. Jan.

Am Samstag behandelte der Reichstag die 2. Lesung des Jugendgerichtsgesetzes. Ein jugendlicher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer über 14, aber noch nicht 18 Jahre alt ist. Wer eine mit Strafe belegte Handlung begeht, ehe er 14 Jahre alt ist, ist nicht strafbar. Ein jugendlicher, der eine mit Strafe bedrohte Handlung begeht, ist nicht strafbar, wenn er zur Zeit der Tat nach seiner geistigen und sittlichen Entwicklung unfähig war, das Ungelegliche der Tat einzusehen, oder seinen Willen dieser Einsicht gemäß zu bestimmen. Das Gericht hat zu prüfen, ob Erziehungsmaßnahmen erforderlich sind. Die Straftaten werden vor besonderen Jugendrichtern zur Verhandlung gebracht.

Abg. Probst (Zem.) berichtet über die Ausschussverhandlungen und Reichsjustizminister Dr. Heinze empfiehlt den Entwurf, der an Stelle der Strafe die Erziehung setzt.

Die Vorlage wird angenommen, ebenso ein Antrag Barminth (D.nal.), die Entscheidung über den Strafverlaß nicht „bei“, sondern erst „nach“ Ablauf der Bewährungsfrist treffen zu lassen.

Abg. Dr. Beyerle (Wahr. Sp.) beantragt Nieder-

Leserbrief.

Ein einziger dankbarer Blick zum Himmel ist das vollkommene Gebet.

In des Lebens Mai.

Roman von Ant. Andrea.

(18) (Nachdruck verboten.)

„Bleibt einem das Letzte, was nie verläßt, so lange man jung ist,“ sagte Signorino, seine weißen Zähne zeigend. „Man verliebt sich; irgend ein hübsches Mädchen findet sich immer, nicht wahr, Mädchen?“

„Ich weiß sogar ihrer zwei,“ triumphtierte Dolte, der auf einem wackligen Rohrstuhl ritt. „Was Extrastück, tippst! Wenn Sie mein Herz an Fräulein Großmanns Auktientur hängen sehen, wird Ihnen ein Licht aufgehen.“

„Nimm, der melancholisch auf der Seitenlehne seines Schlafsofas saß, ruckwärts herunter. „Welche?“ fragte er kurz.

„Eine von den beiden,“ versetzte Dolte. „In meiner nächsten einsamen Stunde zähle ich an den Knöpfen meiner Weste ab, ob ich eigentlich die Braune oder die Blonde meine.“

„Hörst du die ganze Zeit abwartend an der Tür gehanden; jetzt trat er näher. „Na, meine Herren,“ sagte er, „ehe ich bei der Lebhaftigkeit der Unterhaltung vergesse: ich wünsche Ihnen allseitig einen guten Morgen!“

Die jungen Leute schüttelten ihm die Hand, Mumm sagte: „Jeh, was sind Sie konventionell!“ Dabei baute er mit tiefgründiger Miene an seiner Uhrkette. Er überlegte, daß aus dem alten, abgenutzten Mechanismus kein Kapital mehr zu schlagen sei und er sich den Gang auf's Leihkost sparen könnte. Pöhllich bekam er sich auf seine Pflichten als Wirt. „Einen Jantentil für Trast, Signorino!“ rief er.

Der junge Maler, den er zu seinem Privatleibknecht ernannt hatte, schätzte hinzu; da er aber in der ganzen, sonst recht geräumigen Stube nichts Behaliches fand, nötigte er Trast auf die Tischkante. „Mit der hat schon ein Gefährter vorlieb nehmen müssen: Eine Sie ersten Ranges,“ sagte er elegant.

Herstellung der Regierungsvorlage in § 40, wonach die Länder die Jugendgerichtsbehörde statt den Jugendämtern privaten Vereinigungen überlassen können.

Das Haus ist beschlußfähig. In der neuen Sitzung, 10 Minuten später, wird die Vorlage über die Kleinrentnerfürsorge nach zustimmenden Erklärungen der Abg. Frau Teusch (Zentr.), Schröder (Soz.) und Maljahn (Komm.) dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Der Besetzungswurf, der den Ablieferungstermin für die letzte Rate des Umlagegeldes auf den 15. März 1923 (bisher 15. April 1923) festsetzt, wird angenommen.

Mittwoch 2 Uhr: Antrag Schreiber (Zentr.) wegen der Beeinträchtigung des Schulbetriebs im Ruhrgebiet.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 29. Januar 1923.

* **Übertragung wurde eine Poststellenstelle der Postbetriebskassisten Maria Reim in Altensteig bei ihrer demaligen Diensthelle.**

* **Einsparung des Autoverkehrs.** Wegen Betriebsabwands werden die Kraftpostfahrten 1 (Altensteig ab 5.30 Uhr) und 6 (Altensteig an 9.50 abends) auf der Strecke Altensteig — Pöhlgrabenweiler vom 1. Febr. ab. J. an aufgehoben.

* **Teuerungszulagen für Kriegsdienstverweigerer und Kriegshilfsbedienstete.** Zu dieser Notiz in der Freieinwohner unserer Blätter wird uns geschrieben: Es muß nicht übersehen werden zwischen Teuerungszulagen und Teuerungszulagen. Die ersten — Teuerungszulagen — erhalten sämtliche Rentenbesitzer ohne Ausnahme von auswärts durch die Post am 1. Febr. Für die Regelung dieser Rentenulage ist das Versorgungsamt Calw zuständig. Die Erhöhung kommt einer Verdoppelung der im Dezember bezogenen Rente bzw. einer Verdoppelung der Militärrente des Monats Septem. ber gleich. Dagegen fallen die Teuerungszulagen unter die sozialen Fürsorgemaßnahmen und werden auch allgemein nach sozialen Gesichtspunkten bewilligt. Ausschlaggebend sind dafür in erster Linie die Einkommensverhältnisse. Diese Teuerungszulagen bewilligt und zahlt ausschließlich die Bezirksfürsorgestelle, bei welcher auch die Anträge hierzu zu stellen sind, das Versorgungsamt hat damit nichts zu tun.

* **Belämpfung der Vergewaltigung- und Gewaltdelikt.** Zum amtlichen Teil des heutigen Blattes ist die Verfassung des Ministeriums des Innern veröffentlicht, die angeht die durch den Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet geschlossenen besonders ersten Band und im Hinblick auf die große Not wieder der Bevölkerung Maßnahmen zur Einwirkung der Vergewaltigung- und Gewaltdelikt. Danach ist die den Disziplinärstrafen geordnete Ermächtigung für Verhängung der Polizeistunde aufgehoben. Diese Bestimmung trifft nicht Versammlung, die lediglich zur Abwehlerung geschäftlicher Angelegenheiten solcher Personen dienen, die, wie z. B. die Angestellten im Handwerksgewerbe, sich bei Tage bzw. innerhalb der Polizeistunde nicht versammeln können. Weiter ist ein Verbot aller Fest- und Klubveranstaltungen sowie der Tanzveranstaltungen und zwar sowohl der öffentlichen, als derjenigen der geschlossenen Gesellschaften erlassen. Konzerte sollen nicht unter das Verbot. Gegen Trunkenheit soll mit aller Schärfe vorgegangen werden. Es ist wohl kein Zweifel, daß diese Anordnungen der Bestimmung der ganzen Bevölkerung sicher sein dürfen, wie ja auch erfreulicherweise eine Reihe von Verurteilungen von sich aus von lauten Veranstaltungen Abstand genommen hat.

— **Erhöhung der Postgebühren zum 1. März.** Für den 1. März steht eine neue Erhöhung der Post-, Telegramm- und Fernspreckgebühren bevor. Man wird im allgemeinen mit einer Verdoppelung der bisherigen Gebührensätze rechnen müssen. Eine Erhöhung des Gattentarifs der Eisenbahn ist zum 1. Februar nicht beabsichtigt. Daß eine Personentarifserhöhung eintritt, hat das Verkehrsministerium bereits bekannt gegeben.

— **Die Neufestsetzung der Invalidenrente.** Der Reichstagsausschuss für Sozialpolitik beschloß, die Höchstgrenze der Unterstützungssätze für Rentenempfänger aus der Invalidität, und Altersversicherung mit Wirkung vom 1. Januar an folgendermaßen festzusetzen: Für Empfänger für Invaliden- und Altersrenten auf 120 000 M. (bisher 43 200 M.), für Empfänger von Witwen- oder Witwerrenten auf 108 000 (34 200) M., für Empfänger von Pensionen auf 60 000 (19 200) M. Diese Grenzen erhöhen sich für jedes Kind um 15 000 (13 600) M. Die Freigrenze für das Arbeitseinkommen soll jetzt 120 000 (30 000) M. betragen.

— **Kleinrentnerfürsorge.** Das Arbeitsministerium hat das für die Unterstützung der Kleinrentner maßgebende monatliche Grenzvermögen, das am 1. Dezember 1922 auf 6000 M. festgesetzt wurde, mit Wirkung vom 15. Januar 1923 auf 10 000 M. für eine einzelne Person und für jede weitere zu seinem Haushalt gehörige nicht erwerbsfähige Person auf 5000 M. erhöht. Sache der Rentner und ihrer Organisationen ist es nun, dafür zu sorgen, daß die Anträge auf Unterstützung bei den Bürgermeisterämtern (Fürsorgeämtern) ordnungsgemäß erfolgen, damit die vom Reich und Staat ausgeworfenen Mittel im vollen Umfang den notleidenden Kleinrentnern zuzuführen werden.

— **Teuerungszulagen für die Gemeinderatsmitglieder.** Infolge der ständig zunehmenden Teuerung sind die Höchstbeträge der Teuerungszulage zu dem Taggeld der Gemeinderatsmitglieder für die außerhalb der Sitzungen zu besorgenden Dienstverrichtungen weiter erhöht worden: in großen Städten auf 2685 M., in mittleren auf 2590 M., in den übrigen Gemeinden auf 2393 M.

ep. **Veränderung der Kirchengemeinderatswahlen.** Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Verhältnisse zwischen Kirche und Staat wird eine Neubildung der Kirchengemeindevertretung notwendig werden. Dabei werden, wie das Konsistorium in seinem soeben erschienenen Amtsblatt mitteilt, die für Dezember 1922 fälligen Kirchengemeinderatswahlen bis auf weiteres verschoben. Vorherhand haben die bisherigen Kirchengemeinderäte sämtlich ihr Amt weiter zu versehen. Auch im Hinblick auf diese Verhältnisse ist es wünschenswert, daß das staatliche Kirchengesetz, über dessen weitere Behandlung seit einiger Zeit in der Öffentlichkeit nichts mehr bekannt geworden ist, bald verabschiedet wird.

* **Hochdorf O. A. Freudenstadt, 28. Jan. (Schulheferrwahl.)** Bei der gestrigen Schulheferrwahl erhielt der seitige Schulheferr Schabbe 104 Stimmen, Landwirt Andreas Kauf 28 Stimmen. Der seitige Ortsvorsteher wurde also mit großer Mehrheit wiedergewählt.

* **Enz O. A. Rastatt, 27. Jan. (Brandfall.)** Am gestrigen Freitag brannte die große Doppelschmiede des früheren Gemeinderatsbesizers Böhm hier vollständig nieder. Der Schaden ist sehr groß, da die Schmiede reiche Vorräte enthielt. Rurg'schluß soll die Ursache sein.

* **Orgelbau, 27. Jan. (Hohes Meer.)** Im Alter von 95 1/2 Jahren starb hier die älteste Frau des Orts, Magdalena Finkbeiner nach kurzer Grippekrankung. Die Hochbetagte war immer noch tätig bis kurz vor ihrem Ende; 26 Jahre lang versah sie den Dienst als Orgelbauerin des Orts.

Wann zeigte keinerlei Begeisterung; er wollte sich nur irgendwo in den Schatten legen und in den Himmel gucken.

Eigentlich wollte jeder etwas anderes; Signorino fiel während der Debatte etwas ein, das ihn veranlaßte, wie von einer Larantel gestochen herumzutanzten. Fräulein Großmann war mit ihrer Malschne ins Freie gezogen. „Nimm nach!“ rief Signorino. „Sie landen in Onkel Tom's Hütte. Ich weiß es zufällig von der Meisterin.“

Mumm sprang wie elektrisiert auf: „Meine Herren, ich stimme für Onkel Tom's Hütte. Auf also, nach Valencia!“

9. Kapitel. Anfangs hatten sie sich müde gelaufen auf der Jagd nach materischen Motiven. Dann fanden sie so viele, daß sie nicht wußten, wo sie sie lassen sollten. Mit dem Arbeiten nahm es keine mehr ernst. Und doch reizte alles zum Malen: Die taugenden Lichter auf dem dunklen Moos, der hellungrüne See, der silbernen durch die schwarzen Föhren blühte; jedes Fleckchen Rasen, das unsichtbare Feenhände mit weißen und gelben Blumen bestreut hatten.

Ja, alle waren begeistert von der Pracht der jungen Erde und des blühenden Lebens; aber Malen, das war eine Immunität, der sie sich an diesem wonnigen Morgen nicht gewachsen fühlten.

„Nein, nein, Meisterin!“ Aite sprach es schließlich aus, was sie alle dachten: „Heute wäre es Tierquakeret. Es freue sich, wer atmet in goldigen Licht!“ — oder ähnlich. Ich beschimpfere diese herrliche Natur nicht mit Farbenkugeln, ich bin fürs Bummeln ins Weite, ins Unendliche.“

Auch Fräulein Großmann stand im Banne der Malenlust. „Was denn!“ lachte sie. „Wer am meisten steht und am frühesten ist, die soll mir als die Meistlerin gelten.“

Wie ein Flug großer, weißer Vögel flatterten die Mädchen in ihren hellen Kleidern zwischen den dunklen Kiefern des Brunenwaldes, und wie ein Lied ohne Worte klang ihre Freude zusammen.

Gegen Mittag erreichten sie Onkel Tom's Hütte. Ein Kellner brachte mehrere Tische zusammenzusetzen und Kaffeegeschirre bringen; die Tische zu decken, mit grünen Zweigen und Waldblumen zu schmücken, unternahmen die Kunstnereisen selbst.

(Fortsetzung folgt.)

Stuttgart, 27. Jan. (Aus dem Finanzau-
schuß.) Der Finanzaußschuß genehmigte den Geset-
entwurf über die Beiträge der Gemeinden für Schul-
arztaufsicht und Impfung, sowie den Nachtragetat
betreffend die Erhöhung der Stammeinklage des Staats
bei der Württ. Kraftverkehrs-Gesellschaft um 5 Mil-
lionen M. Fern wurde noch die Abstimmung über die
Rente der Herzogin von Württemberg nach-
geholt. Ein Antrag Dr. Wolf und Gen. die Rente
der Herzogin auf 2.693.583 M. zu erhöhen, wurde
mit allen gegen die 5 sozialdemokratischen Stimmen
angenommen, ebenso ein weiterer Antrag, die erhöhte
Rente rückwirkend vom 1. Oktober ab zur Auszahlung
zu bringen. Einstimmige Annahme fand eine von allen
Parteien unterstützte Entschliebung, wonach der Fi-
nanzaußschuß von den Ausführungen des Finanzminis-
ters über die Auseinandersetzung zwischen dem Staat
und den Rechtsnachfolgern des früheren Abtigs, also
den Privatverben und dem Postamtgut, Kenntnis
nimmt und mit seiner Stellungnahme einverstanden
ist. Die Sozialdemokratie begründet ihre Zustimmung
in einer Erklärung, daß sie die Entschliebung so ver-
stehe, daß das Staatsministerium die Interessen des
Staates nachdrücklich zu vertreten habe und an der
Regelung, wie sie nach der Staatsumwälzung getroffen
wurde, unbedingt festhalte.

Stuttgart, 28. Jan. (Neue Fernleitung.) Zwei-
schen Stuttgart und Hamburg ist eine unmittelbare
Fernsprechleitung in Betrieb genommen worden.

Stuttgart, 28. Jan. (Verlegung des Waisen-
hauses nach Ellwangen.) Von unehelicher Seite
wird mitgeteilt: Wie bekannt, befindet sich das Stuttgar-
ter Waisenhaus hinsichtlich seiner Unterbringung in einer
schlimmen Notlage. Es könnte aus gesundheitlichen und
erzieherischen Gründen nicht verantwortet werden, die Wai-
senkinder noch länger in dem gegenwärtigen, durchaus
unzulänglichen Gebäude zu belassen. Da das Staatsmini-
sterium sich davon überzeugt hat, daß sich in den zur Zeit
noch freiziehenden Gebäulichkeiten der vormaligen Unter-
offiziersvorbildungsanstalt Ellwangen für absehbare Zeit
die letzte ohne zu große Hindernisse durchführbare Mög-
lichkeit einer zweckmäßigen Unterbringung bietet,
hat es sich nunmehr dazu entschieden, die noch frei-
stehenden Gebäude dieser Anstalt für das Stuttgar-
ter Waisenhaus in Aussicht zu nehmen.

Stuttgart, 28. Jan. (Ehrendoktoren.) Der
Große Senat der Technischen Hochschule in Stuttgart hat
die Würde eines Dr.-Ing. ehrenhalber verliehen: 1. Dem
Bürgermeister Daniel Sigloch in Stuttgart; 2. Dem
Bürgermeister Gottfried Klein in Stuttgart; 3. Dem
Farbchemiker Giovanni Tassiani in Vatel.

Die teuerste Stadt. Nach den Feuerungs-
zahlen des Stat. Landesamts vom 1. Dezember Friedrichshafen
die teuerste Stadt. Dann folgen Stuttgart, Ellwangen,
Ravensburg, unter den kleineren Städten lautet die
Reihenfolge: Weingarten, Trossingen, Waiblingen, Wei-
zingen, Spillingen. Die niedrigste Feuerungs-
zahl unter den württ. Städten hat Saulgau.

Württ. Gutspächterverein. In den letzten
Tagen hat sich ein „Gutspächterverein“ in Württemberg
und Hohenzollern“ gebildet. Zum Vorsitzenden wurde
Rudolf Adlung, Gutspächter in Sindlingen, O.A. Her-
renberg, gewählt. In der Gründungsversammlung tra-
ten sofort gegen 100 Pächter dem Verein bei.

Großer Einbruch des Diebstahls. Aus einem Aus-
steuergeschäft in der Gartenstraße wurden nachts Baum-
woll- und Wendenstoffs, Halbwoolstoffe für Kleider,
Unterwäsche, Schürzen, Satin für Bett- und Möbelbezüge,
mehrere Ballen Domast und Schirting, weißer Pelzrock,
verschiedene Wollstoffe, 144 Stück weiße Herrenragen
u. a. im Wert von mehreren Millionen Mark gestohlen.
Für Wiederbringung der Gegenstände ist eine Beloh-
nung von 100.000 Mark ausgesetzt.

Canstatt, 28. Jan. (80 Jahre.) Oberschulrat
a. D. Max Eifert, der frühere Rektor am Lehr-
seminar Künzelsau (1888-1900) und in Nürtingen
feierte am Sonntag seinen 80. Geburtstag. Er ist vielen
hundert von Volksschullehrern Führer geworden.

Ellwangen, 28. Jan. (Zeichenlinderung.) Der 35
Jahre alte Fabrikpächter Gottlieb Mödinger, der seit
acht Tagen vermisst wurde, wurde beim großen Wehr als
Leiche aus dem Redar gezogen.

Leonberg, 28. Jan. (Zur Nachahmung.) Die
13- und 14jährigen Schüler der hiesigen Realschule ver-
richten in ihren fre. Nachmittagsstunden bei der
Stadtverwaltung Straßenreinigungsarbeiten gegen Be-
zahlung. Der so verdiente Betrag wird sofort der Ruhr-
sammlung überwiesen.

Die Kohlenlage in Württemberg.

Die Kohlenlage in Württemberg beginnt sich weiter
zu verschärfen. Von den Belgiern und Franzosen an der
Ruhr wird fortgefahren, in den Eisenbahnverkehr ein-
zugreifen. Die von den Franzosen und Belgiern weiter
geplanten Maßnahmen werden den Abtransport der
Kohle in der nächsten Zeit weiter beeinträchtigen. Die
Rheinischschiffahrt liegt völlig still. Das bedeutet für Würt-
temberg zunächst Wegfall der Kohlenmengen, die auf
dem Rheinstromweg nach Mannheim und von dort mit
der Bahn an unsere Verbraucher kamen. In wesentlichem
Umfang werden davon die öffentlichen Werke betroffen.

Der Arbeitseinstellung ist diejenige in den Rhein-
häfen gefolgt. Um der Abwehr den Erfolg zu sichern, muß
die Wirtschaft in Gang gehalten werden. Es ist Vorkehr
getroffen, die im Lande vorhandene Kohle so wirtschaft-
lich als möglich zu verwenden und den Verbrauch so weit
einzuschränken, wie die Verhältnisse es gestatten. Die
ausgebauten Wasserkraften müssen reiflos nutzbar gemacht
werden; bis jetzt nicht ganz ausgenützte Wasserkraften
sind heranzuziehen und die Nachtwasserkraften voll in An-

bruch zu nehmen. Eine Menge von im Bau befind-
lichen Wasserkraftanlagen kann in Kürze in Betrieb kom-
men. Dadurch werden die Energieerzeugnisse vermehrt, der
Kohlenverbrauch kann entsprechend herabgesetzt werden.

Der Ausfall an Ruhrkohle wird nach Möglichkeit
durch Brennstoffe aus anderen Gewinnungsgebieten, auch
aus dem Ausland, ersetzt werden. Bei planmäßigem Zu-
sammenarbeiten aller Kreise sieht zu erwarten, daß es
gelingt, die Wirtschaft ohne größere Störungen im
Gang zu erhalten.

Die Viehzählung vom 1. Dezember 1922.

In den Mitteilungen des Stat. Landesamts werden
nunmehr die endgültigen Ergebnisse der Viehzählung vom
1. Dezember 1922 in Württemberg veröffentlicht. Dar-
nach ergab sich bei den Pferden ein Bestand von 103.921
(ohne die Militärpferde), gegen 104.500 Stück am 1.
Dez. 1921. Hef und Maultiere wurden gezählt 368
Stück (407 i. V.). Beim Rindvieh, von dem ein Bestand
963.456 Stück festgestellt wurde, zeigt sich gegenüber dem
Vorjahr eine Zunahme von 605 Stück. Es ist zu beklagen,
daß die wenig befriedigende Futterlage des letzten
Jahres erst gegen das nächste Frühjahr zur vollen Aus-
wirkung kommt, was um so schlimmer ist, als der neueste
Bestand 472.719 Stück gegenüber dem seitherigen
Höchstbestand von 1914 mit 587.616 Stück um
nahezu ein volles Fünftel zurückbleibt. Nimmt man die
Milchleistung einer Kuh auf 1700 Liter im Jahre an,
so bedeutet der Rückgang der Zahl der Kühe einen
Wenigerertrag an Milch um 195.824.900 Liter im Jahr
oder 535.140 Liter im Tage. Die Zahl der Schafe
betrug 260.128 Stück; sie ist zurückgegangen. Schweine
wurden gezählt 440.212 Stück; das bedeutet gegenüber
dem Vorjahr einen Rückgang um 28.936 Stück. Auch
die Ziegenzucht, welche einen Bestand von 144.339 Stück
ergeben hat, zeigt gegenüber dem Vorjahr einen Rück-
gang um 1988 Stück. Der Bestand an Geflügel ist aber-
mals gestiegen; es wurden gezählt 3.302.572 Stück,
gegenüber 3.225.704 Stück im Jahr 1921. Die Zunahme
betrifft hauptsächlich Gänse, dann auch Hühner, während
die Enten einen Rückgang aufweisen. Stallhähnen wurden
gezählt 80.975 Stück (123.579 im Vorjahr). Bei den
Bienenständen mit 144.038 Stück wurde eine Zunahme
um 10,7 Prozent festgestellt, was auf den in den hohen
Honigpreisen liegenden Anreiz zurückzuführen sein dürfte.

Wie man in Newyork lebt.

Clara Kohla, eine unserer bekanntesten Schriftstellerin-
nen, weist jetzt über dem großen Wasser und erzählt
im neuesten Heft der „Gartenlaube“ über ihre Ein-
drücke in Newyork:

„Seit einiger Zeit sehe ich mir das „von oben, unten
und von allen Seiten an. Wenn ich „von oben“ sage,
so darf niemand an Millardäre denken. Sie wohnen
in ihren teils recht geschmacklosen und häufig
ganz schmalen, engdrängigen Häusern dicht an der
Fifth Avenue, einer Straße, die mit der Tierma-
straße in Berlin keinen Berg sich aushalten kann. Ich
stelle mir vor, die Reichen der Fifth Avenue hätten
erlesen schöne Villen. Rein, die Häuser an der Fifth
Avenue haben mit wenig Wachsamen nicht einmal
Vorärten. Dafür haben die Reichen große und ge-
weiss auch sehr schöne Landhütten, die sie in 5-8 Stun-
den Automobillahrt erreichen können...“

„Ich selbst wohne im 15. Stock eines Art Siegel-
ladengeschäfts. Es gibt deren viele. Sie sind fast alle
eine Art Hotels, wie man sie bei uns nicht kennt. Man
kann möblierte wie unmöblierte Wohnungen von 1 bis
4 Zimmern in ihnen haben. Jede Wohnung hat ein
Bade- und Kuchenzimmer, eine Garderobekammer, ein
Telephon und fließendes warmes und kaltes Wasser.
Jede Mahlzeit kann vom unten gelegenen Restaurant
ins Zimmer bestellt werden. Es gibt langjährige Wie-
derkäufer von meinem 15. Stock aus zeigt die mäch-
tiger in diesen Häusern...“

„Ja, diese Automobile! Die und die Hochbauten geben
Newyork die eigene Note. Jeder reiche Newyorker hat
ein Automobil. Man kann ja für 250 Dollar schon
einen Wagen haben, ein entzückendes Stadtcoupe für
395 Dollar. Die Wagen werden meist von den Besitzern
selbst gefahren, sehr häufig von Frauen und jungen
Mädchen. In allen Hauptstraßen Newyorks gleitet un-
unterbrochen rechts und links eine Kette von Auto-
mobilen. Wenn man von einem hohen Gebäude herab-
sieht, so ist es, als ob die Straßen von großen Tieren
wimmeln. Dazwischen bewegen sich die großen Om-
nibusse, Geschäftewagen und Elektrischen ruhig und
erakt. Es ist leichter, den Broadway zu überqueren
als in Berlin den Kurfürstendamm oder die Leipziger
Straße. Einmal wird rücksichtslos und vollendet gut
gefahren und dann ist die Regulierung des Verkehrs
durch Schulpente, farbige Scheiben und hant wech-
selnde Bilder vorbildlich. Auch auf den Autobussen, in
den Elektrischen und Untergrundbahnen wickelt sich
der Verkehr ruhig und gefahrlos ab.“

„Wie ist nun der Newyorker? Ausgesprochen, wie
in Deutschland kaum in Vorkriegszeiten. Die eigene

„Kultur“ ist überfüttert von Speisefestivals aller Art. In den
verschiedensten Restaurants kann man alles haben, was
man will, von den raffiniertesten Speisen bis zur
Tasse Kaffee mit Sandwich. Es gibt auch vorzüglich
ingerichtete Restaurants mit Selbstbedienung. Das
alles sind keine Luxusstätten, die es natürlich auch
gibt. Mir kommt es darauf an, zu zeigen, wie ein
gebildeter Mensch, der im Erwerbsleben steht, leben
kann. Er kann mit fünf Dollar am Tag sehr gut
auskommen. Zwei Dollar für die Wohnung, zwei Dol-
lar für die Selbstzucht und einen Dollar für laufende
Rebenausgaben. Doch wer die Amerikaner kennt, der
weiß ganz genau, daß es nicht so leicht ist, diese fünf
Dollar täglich einzunehmen. Die Hochachtung vor dem
Gelde ist hier grenzenlos; man trennt sich schweren
Herzens von ihm. Es ist eine Wahnvorstellung, daß
das Geld hier auf der Straße liegt. Man muß Mühe
und Fleiß leisten und für den Anfang Beziehungen und
Freunde haben, sonst hat man keine Aussicht, Fuß zu
fassen.“

Buntes Allerlei.

Heiratswut. Ein dringendes Heiratsbedürfnis scheint
eine Dorfschöne von Walsch in Baden zu haben. Diese
macht öffentlich bekannt, daß sie demjenigen, der ihr
einen Mann verschafft, 50.000 Mark oder 2 Dol-
lar als Belohnung bezahlt. An Liebhabern wirds
hier nicht fehlen für die 50 Talle zunächst.

Toppeltes Todesurteil. Das Nürnberger Volksge-
richt verurteilte den Porzellanbrecher Leberer und den
Porzellanmaler Meusel, die im Oktober vorigen Jahres
den holländischen Kaufmann Wolf, genannt Wilhelm
Engelmann, ermordet und beraubt haben, zum Tode.

Schmuggelbetrug. Das Schöffengericht Lindau
verurteilte den Sattlermeister Adolf Schindler wegen
verbotener Ausfuhr, Schmuggels usw. zu 7 Monaten
Gefängnis, 350.000 M. Geldstrafe und Aberkennung
der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei
Jahren. Seine Ehefrau erhielt wegen Beihilfe drei
Wochen Gefängnis und 60.000 M. Geldstrafe. Beider
Sohn Adolf erhielt wegen Beihilfe sechs Wochen Ge-
fängnis und 50.000 M. Geldstrafe.

3 Millionen Rubel für eine Fahrt in der Moskauer
Elektrischen. Aus Neval wird uns geschrieben: Vom
15. Januar an sind die Fahrpreise in der Moskauer
elektrischen Straßenbahn wiederum erhöht worden. Der
Fahrpreis für die kürzeste Strecke beträgt 1 Rubel
50 Kopeken in Goldzügen des Jahres 1923, und für
die längste Strecke 3 Rubel. 1 Rubel der Emission des
Jahres 1923 entspricht 1 Million Sowjetrubel der
früheren Emissionen.

„Kleinigkeiten“. Für Theater und Kinos, die die
Militären im besetzten Rheinlande für die Besatzungs-
truppen forderten, hatte Deutschland bis Ende 1920
eind 11 Millionen M. aufzuwenden. — Bis Ende
März 1921 kostete den Deutschen der Post-, Tele-
phon- und Telegraphenverkehr der alliierten Armeen
rund 35 Millionen M. Davon entfielen auf die Ame-
rikaner 1.905.027, auf die Engländer 6.258.508, auf
die Belgier 2.019.247, auf die Franzosen 25.164.161
Mark.

Französische Schamlosigkeit. Die Besatzungs-Franzo-
sen haben bis jetzt in 16 deutschen Orten Bordelle er-
richtet, und zwar in Ems, Siegburg, Kofheim, Kai-
serslautern, Landau, Ludwigshafen, Mainz, Fort Wei-
senau, Vödingen, Langenschweibach, Höchst a. M., Wies-
baden, Griesheim, Idstein, Speier, Diez. Diese Ge-
schäftigkeit beschränkt sich auf die Franzosen; keinem
anderen der an der Besatzung beteiligten Völker fällt
solche Schamlosigkeit zur Last.

Die Heimkehr des letzten deutschen Kriegsgefangenen
aus Frankreich. Der letzte in Frankreich noch
weilende deutsche Kriegsgefangene, der erkrankte Otto
Reuter aus Ehrenfriedersdorf, hat aus Toulon an einen
Freund einen Brief geschrieben, in dem er die Hoffnung
auspricht, Anfang Februar in seine Heimat zurück-
kehren zu können. Reuter war bekanntlich zurück-
geblieben wegen schwerer Erkrankung und einer Ope-
ration.

Sechshundert Schafe verbrannt. Ein großes Brand-
unglück entstand auf dem Rittergute Barnow in der
Westpreign. Dort brannte ein Schafstall nieder. In
den Flammen kamen über 600 Schafe um. Mitver-
brannt sind große Heu- und Strohvorräte. Der Schaden
ist unübersehbar. Man vermutet Brandstiftung.

Schwedische Hilfe für deutsche Studenten. Das Schwe-
dische Studentenhilfe-Komitee hat der Wirtschaftsbilfe
der deutschen Studentenschaft 100 Millionen M. über-
wiesen, die sofort an 3-4000 Studierende als ein-
malige Nothilfe überwiesen wurden.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Samstag in Frankfurt
27.231,75 G., 27.368,25 Br., in Berlin 26.932,50 G.,
27.067,50 Br. und erreichte damit den bisher höchsten
Stand.

- 1 Schweizer Franken = 5062,30 G., 5067,70 Br.
- 1 französischer Franken = 1720,70 G., 1729,30 Br.
- 1 italienischer Lira = 1296,75 G., 1303,25 Br.
- 1 holländischer Gulden = 10.623 G., 10.676 Br.
- 1 Pfund Sterling = 125.685 G., 126.315 Br.
- 100 österreichische Kronen = 37,41 G., 37,59 Br.
- 1 tschechische Krone = 785,50 G., 789,50 Br.
- 1 dänische Krone = 5286,75 G., 5313,25 Br.
- 1 spanischer Pesieta = 4264,30 G., 4285,70 Br.

Der unveränderte Goldankaufpreis. Der Ankauf
von Gold für das Reich erfolgt vom 29. Januar bis
3. Februar unverändert zum Preis von 70.000 M.
für 1 Zwanzigmarkstück. Reichsilbermünzen werden
gleichfalls unverändert zum 150fachen Betrag des
Nennwerts angekauft.

Weitere Erhöhung des Weizenpreises. Die Süddeutsche
Mühlengemeinschaft hat den Richtpreis für Weizen-
mehl Spez. 0 weiterhin von 138.000 auf 140.000 M.
für 1 Doppelzentner ab Wäble erhöht.

